

BLECKS BERICHT

Ausgabe 9/2020

Von der Abfall- wirtschaft zur Kreislaufwirtschaft?!

Mordversuch für Verbleib in Deutschland

Änderung des Batteriegesetzes

Sportstätten-Rahmenleitplan abgelehnt



KOMMENTAR UND AKTUELLES



Liebe Mitstreiter,

die Sommerpause des Deutschen Bundestages ist vorbei. Im Plenum standen die 2. und 3. Lesung der Gesetzentwürfe der Bundesregierung zur Umsetzung der Abfallrahmenrichtlinie der Europäischen Union und der Änderung des Batteriegesetzes an. Als zuständiges Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit konnte ich unter anderem im Plenum mit zwei Reden die Positionen der AfD-Bundestagsfraktion zu den Themenfeldern Abfallwirtschaft und Kreislaufwirtschaft vertreten.

Da ich nicht nur Bundespolitiker, sondern auch Kommunalpolitiker bin, endete für mich auch die Sommerpause des Kreistages Neuwied. In der Kreistagsitzung am 28. September ging es unter anderem um den Antrag der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen, den Landkreis Neuwied

zu einem „sicheren Hafen“ zu erklären. Auch die AfD-Kreistagsfraktion war mit ihrem Antrag auf Erstellung und Fortschreibung eines Sportstätten-Rahmenleitplans für die Sportförderung nicht untätig.

Die Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen haben gezeigt, dass sich die AfD noch stärker in den Kommunen verankern muss. Aus diesem Grund ist nicht nur bundes- und landespolitisches, sondern auch kommunalpolitisches Engagement von großer Bedeutung. Mich erfüllt es mit Stolz, nicht nur hauptamtlich, sondern auch ehrenamtlich für die AfD wirken zu können. Deshalb werden in Blecks Bericht auch kommunalpolitische Themenfelder behandelt.

Euer
Andreas Bleck



Mordversuch für Verbleib in Deutschland

Am 9. September wurde der 19-jährige Ralf P. vom 28-jährigen Abdulsalam R. hinterrücks niedergestochen. Gegenüber der Polizei gab der geständige Täter an, dass er eine Straftat begehen wollte, um seinen Verbleib in der Bundesrepublik Deutschland zu sichern.

wurde sofort in das Carl-Thiem-Krankenhaus eingeliefert und notoperiert. Ralf P. ist mittlerweile außer Lebensgefahr.

Tathergang

Ralf P. sitzt in einer Cottbuser Straßenbahn. Der Auszubildende ist auf dem Weg zur Berufsschule. Zwischen den Haltestellen Gelsenkirchener Straße und Thierbacher Straße schleicht sich ein Angreifer von hinten an ihn ran. In der Hand hält er ein langes Küchenmesser. Dann rammt er es seinem Opfer in den Rücken. An der Haltestelle Thierbacher Straße steigt der Angreifer anschließend aus. Dabei nahmen Fahrer und Fahrgäste ein lautes Lachen wahr. Nach der Tat stand Ralf P. auf – das Messer steckte noch in seinem Rücken – und ging zum Fahrer, um ihn zum Anhalten zu bringen. Das Opfer, das in Lebensgefahr schwebte,

Ermittlungen

Wegen des Tathergangs und der Täterbeschreibung konnte die Polizei einen islamistischen Terroranschlag zunächst nicht ausschließen. Das Überwachungsvideo der Straßenbahn zeigte einen Täter, der kleiner als 1,60 Meter war, einen schwarzen Turban, eine schwarze Hose und schwarze Schuhe trug. Da der Täter bereits polizeibekannt war, konnte die Polizei ihn bereits kurz nach der Tat in seiner Cottbuser Wohnung festnehmen. Es ist der 28-jährige Pakistaner Abdulsalam R., der bereits wegen Bedrohung, gefährlicher Körperverletzung und Diebstahl straffällig geworden ist.

Gegenüber der Polizei gab der Täter an, dass er eine Straftat begehen wollte, um seinen Verbleib in Deutschland zu sichern. Seine Aufenthaltserlaubnis sei nämlich abgelaufen. Ralf P. war also ein Zufallsoffer. Die Polizei ermittelt nun wegen versuchten Mordes. Einen Tag nach der Tat wurde Haftbefehl gegen Abdulsalam R. verkündet. Ihm droht eine Freiheitsstrafe von bis zu 15 Jahren.

Migrationspolitik ist gescheitert

Dieser Mordversuch ist ein weiteres Beispiel dafür, dass die Migrationspolitik der Bundesregierung und Landesregierungen gescheitert ist. Über 200.000 vollziehbar ausreisepflichtige Asylbewerber halten sich nach wie vor in Deutschland auf. Eine Studie der Universitätsklinik Münster ergab, dass 40 Prozent der minderjährigen unbegleiteten Asylbewerber in ihren Asylanträgen falsche Angaben zum Alter gemacht haben. Nach wie vor gibt es in Deutschland viele Asylbewerber, deren Identität nicht zweifelsfrei festgestellt wurde. Dies stellt weiterhin ein großes Sicherheitsrisiko für unser Land und unsere Bürger dar. Doch

die etablierten Parteien betreiben eine Vogel-Strauß-Politik. Sie wollen die Probleme nicht wahrhaben. Stattdessen werden diejenigen, die die Probleme der Migrationspolitik nennen, als Rassisten oder Rechtsextremisten diffamiert und diskreditiert. Dabei ist die Lösung offenkundig: Deutschland braucht Grenzkontrollen. Wer ohne Dokumente einreisen möchte, ist an der Grenze abzuweisen. Das Asylbewerberleistungsgesetz ist zu reformieren. Anreize zur Migration in das Sozialsystem müssen geschwächt, Anreize zur Migration in den Arbeitsmarkt gestärkt werden. Vor allem müssen vollziehbar ausreisepflichtige oder straffällig gewordene Asylbewerber endlich abgeschoben werden. Ralf P. hätte die gescheiterte Migrations- und Integrationspolitik der Bundesregierung fast mit seinem Leben bezahlt. Er hatte Glück im Unglück. Die AfD wird auch weiterhin dafür kämpfen, dass er das letzte Opfer der gescheiterten Migrationspolitik bleibt.



Von der Abfallwirtschaft zur Kreislaufwirtschaft?!

Die Bundesregierung hat ihren Gesetzentwurf zur Änderung des Batteriegesetzes in den Deutschen Bundestag eingebracht. In der 2. und 3. Lesung wurde dieser mit den Stimmen der Fraktionen von CDU/CSU und SPD angenommen.

Erweiterung der freiwilligen Rücknahme

Im Gesetzentwurf der Bundesregierung wird die freiwillige Rücknahme von Abfällen auch auf Produkte erweitert, die nicht vom freiwilligen Rücknehmer hergestellt oder verkauft wurden. Damit wird die Überlassungspflicht von Abfällen an die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger weiter ausgehöhlt. Das Problem: Freiwillige Rücknehmer werden nur die Abfälle (Altpapier, Altmetall) zurücknehmen, mit denen Gewinne erzielt werden. Abfälle, mit denen

hingegen Verluste erzielt werden, verbleiben bei den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern. Dies könnte sich auf die Abfallgebühren der Bürger auswirken. Dadurch werden wieder einmal Gewinne privatisiert und Verluste sozialisiert.

Erweiterung der Produktverantwortung

Mit der Erweiterung der Produktverantwortung stellt die Bundesregierung das Verursacherprinzip von den Füßen auf den Kopf. Hersteller und Verkäufer sollen an den Entsorgungskosten illegal entsorgter Abfälle beteiligt werden. Verbraucher werden implizit aus ihrer Verantwortung entlassen, Abfälle legal zu entsorgen. Damit werden die Bemühungen, ein kritisches Verbraucherbewusstsein zu erzielen, sogar konterkariert.

Auf dem Weg zur Kreislaufwirtschaft?

Es fällt auf, dass die Bundesregierung in der Kreislaufwirtschaft auch weiterhin ihren eigenen

Ansprüchen hinterherläuft. Zwar bekennt sie sich zur Abfallhierarchie; aber die Vermeidung spielt in ihrem Gesetzentwurf nur eine untergeordnete Rolle. Hier gibt es also zwei Möglichkeiten: Entweder die Bundesregierung stärkt die Vermeidung, beispielsweise durch die Einführung garantierter Mindestnutzbarkeitszeiten, oder sie setzt sich auf der Ebene der Europäischen Union für eine Änderung der Abfallhierarchie ein.

Obhutspflicht ist deutscher Alleingang

Zudem ist im Gesetzentwurf eine Obhutspflicht vorgesehen. Hersteller und Verkäufer werden verpflichtet, Retouren nicht mehr zu vernichten. Was sich nach Umweltschutz anhört, ist jedoch tatsächlich ein deutscher Alleingang, der einheimische Hersteller und Verkäufer im gemeinsamen Markt der Europäischen Union einseitig belastet.

Kommunen stärken

Viele AfD-Bundestagsabgeordnete sind Bundespolitiker und Kommunalpolitiker zugleich. Ihre Erfah-

rungen zeigen, dass die Bürger dem Staat in der Kommune am nächsten sind. Kommunen sind das Fundament des Staats. Deshalb möchte die AfD-Bundestagsfraktion die öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger im Unterschied zu den etablierten Parteien nicht schwächen, sondern stärken. Dies ist auch in anderen Themenfeldern ein wichtiges Leitbild ihrer Politik.









Änderung des Batteriegesetzes

Die Bundesregierung hat ihren Gesetzentwurf zur Änderung des Batteriegesetzes in den Deutschen Bundestag eingebracht. In der 2. und 3. Lesung wurde dieser mit den Stimmen der Fraktionen von CDU/CSU und SPD angenommen.

Energiewende ist große Herausforderung

Die Bundesregierung forciert die Energiewende aus Gründen des Klimaschutzes. Diese stellt die Abfallwirtschaft jedoch vor eine große Herausforderung. Insbesondere von Lithium-Batterien und Lithium-Ionen-Akkus geht eine erhebliche Brandgefahr aus. Täglich und wöchentlich geraten in der Bundesrepublik Deutschland Abfallsammelanlagen und Abfallsammelfahrzeuge in Brand. Doch die Bundesregierung hat diese große Herausforderung in ihrem Gesetzentwurf nicht berücksichtigt. Nach wie vor gibt es kein Pfand für diese Batterien und Akkus. Des Weiteren fehlt eine Kennzeichnungspflicht. Mit einer Kennzeichnungspflicht

könnte die Brandgefahr beim Sammeln und Entsorgen deutlich reduziert werden.

Vom Wettbewerbs- zum Solidarsystem

Mit ihrem Gesetzentwurf vollzieht die Bundesregierung beim Sammeln und Entsorgen von Batterien den Wechsel vom Wettbewerbs- zum Solidarsystem. Das Problem: Mit dem Sammeln und Entsorgen von Batterien lassen sich keine Gewinne erzielen. Deshalb werden private Sammler und Entsorger versuchen, die Kosten zu reduzieren. Das bedeutet: Es entsteht kein Wettbewerb um die höchstmögliche Sammelquote, sondern um die geringstmögliche Mindestsammelquote. Diese lag bei 45 Prozent und wurde mit dem Änderungsantrag der Fraktionen CDU/CSU und SPD auf 50 Prozent erhöht.

Doch dieser Anreiz reicht nicht aus, da die Sammelquote 2019 bereits 52,2 Prozent betrug. Daher plädiert die AfD-Bundestagsfraktion für eine Erhöhung der Mindestsammelquote auf 55 Prozent. Dafür sprachen sich ebenfalls alle Sachverständigen bei der öffentlichen Anhörung aus. Der Wettbewerb um die geringstmögliche Mindestsammelquote ließe sich im Übrigen auch durch einen Lastenausgleich zwischen den Sammlern und Entsorgern verhindern.

Geräte- oder Industriebatterien?

Bürger unterscheiden bei der Sammlung und Entsorgung von Batterien in der Regel nicht zwischen Geräte- und Industriebatterien. Vor allem Industriebatterien aus E-Bikes und E-Scootern werden fälschlicherweise bei den kommunalen Wertstoffhöfen abgegeben. Doch in ihrem Änderungsantrag haben die Fraktionen von CDU/CSU und SPD dies nicht berücksichtigt.

Pfand für Lithium-Batterien

Um die Sammelquote zu erhöhen,

gibt es zwei Stellschrauben: auf der einen Seite die Hersteller und Verkäufer, auf der anderen Seite die Verbraucher. Der Gesetzentwurf müht sich jedoch einseitig an den Herstellern und Verbrauchern ab. Allerdings lässt sich die Sammelquote damit nicht beliebig in die Höhe treiben. Auch die Verbraucher müssen einen Beitrag leisten. Viele Batterien und Akkus werden nicht bei den Sammlern abgegeben. Nicht selten kommt es zu Fehlwürfen, die insbesondere bei Lithium-Batterien eine erhebliche Brandgefahr darstellen. Vor diesem Hintergrund ist es geboten, ein Pfand für Lithium-Batterien und -Akkus einzuführen. Vorbild kann das Pfand für Fahrzeugbatterien sein, das seit mittlerweile zehn Jahre besteht. Damit wurden bisher sehr gute Erfahrungen gemacht.





Sportstätten-Rahmenleitplan abgelehnt

In der Kreistagssitzung am 28. September lehnten die Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Die LINKE. den Antrag der AfD-Fraktion im Kreistag Neuwied ab, einen Sportstätten-Rahmenleitplan zu erstellen und in angemessenen Abständen fortzuschreiben.

Sportförderung in Land und Kommunen

Breitensport fördert die Gesundheit, Integration und Vereinskultur. Er ist sowohl landespolitische als auch kommunalpolitische Aufgabe. Doch der Breitensport steht vor einer großen Herausforderung: Der demographische Wandel führt dazu, dass es den Vereinen bei Sportlern und Ehrenämtern an Nachwuchs mangelt. Hinzu kommt, dass einigen Verbandsgemeinden und Vereinen attraktive Sportstätten fehlen. Um den Breitensport zielgerichtet und effizient zu fördern, ist im Sportförderungsgesetz die Erstellung und Fortschreibung von Sportstätten-

Rahmenleitplänen durch die Landkreise vorgeschrieben. Durch diese soll der Bedarf, Fehlbedarf und Bestand an Sportstätten, darunter Sportplätze, Turnhallen und Schwimmbäder, erfasst und dargestellt werden. Dies dient auch dazu, den Breitensport offen und transparent zu fördern.

Rahmenleitplan ist Pflichtaufgabe

Der Antrag der AfD-Kreistagsfraktion geht auf ihre Anfrage an die Kreisverwaltung in der Kreistagsitzung am 18. November 2019 zurück. Der Erste Kreisbeigeordnete Michael Mahlerl verneinte damals die Frage, ob der Landkreis Neuwied einen aktuellen Sportstätten-Rahmenleitplan erstellt habe. Zur Begründung führte er aus, dass die Landesregierung auf die Erfüllung der rechtlichen

Vorschriften in Bezug auf die Erstellung und Fortschreibung von Sportstätten-Rahmenleitplänen nicht bestünde. Nach Auffassung der AfD-Kreistagsfraktion ist das jedoch problematisch. Die Landesregierung kann den Vollzug eines vom Landtag Rheinland-Pfalz beschlossenen Gesetzes nicht aussetzen – auch in Teilen nicht. Daher entbindet die Auffassung der Landesregierung den Landkreis Neuwied nicht, die rechtlichen Vorschriften des Gesetzgebers zu erfüllen. So hat beispielsweise der Nachbarlandkreis Westerwald seinen Sportstätten-Rahmenplan erst 2013 fortgeschrieben. Auch auf der Internetseite des Landkreises Neuwied wird der Sportstätten-Rahmenleitplan als Pflichtaufgabe bezeichnet.

Kreistag lehnt Antrag ab

Die Kreiverwaltung sprach sich für die Ablehnung des Antrags der AfD-Kreistagsfraktion aus. Zwar gab sie zu, dass die Erstellung und Fortführung eines Sportstätten-Rahmenleitplans Pflichtaufgabe der Landkreise sei, aber der Aufwand in keinem Verhältnis zum Nutzen stehen würde. Um diese Pflichtaufgabe zu erfüllen, müsse

die Kreisverwaltung zusätzliches Personal anstellen. Sie plädierte für eine Änderung des Sportförderungsgesetzes durch den Landtag Rheinland-Pfalz. Bei der Abstimmung lehnten die Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Die LINKE. den Antrag bei Enthaltung der Freien Wähler ab. Die AfD-Kreistagsfraktion kündigte jedoch an, die Sportstätten-Rahmenleitpläne gemeinsam mit der AfD-Landtagsfraktion auf Landesebene zu thematisieren.



Kurzmitteilungen und Termine

Linksextremismus in Leipzig

Zwischen dem 4. und 7. September fanden im Leipziger Stadtteil Connewitz linksextreme Krawalle statt. Barrikaden wurden errichtet, Brände gelegt und Steine und Flaschen geworfen. Dabei wurden elf Polizisten nach Angaben der Polizei verletzt.

„Wir haben Stühle“

Am 10. September stellte die Protestbewegung „Seebrücke“ vor dem Reichstag 13.000 Stühle auf, um für die Aufnahme von Migranten aus dem Flüchtlingslager Moria auf der griechischen Insel Lesbos zu demonstrieren.

Tag der Demokratie

Am 15. September war der Tag der Demokratie. Die Menschen in der Bundesrepublik Deutschland richten ihre Blicke vor allem auf die Wahlfälschung in Weißrussland. Dabei gibt es gute Gründe, sich an die eigene Nase zu fassen. So sprach Bundeskanzlerin Angela Merkel davon, dass die demokratische Wahl von Thomas Kemmerich als thürin-

gischen Ministerpräsident „rückgängig gemacht werden“ müsse.

Muezzin-Ruf in Oer-Erkenschwick

In Oer-Erkenschwick, Landkreis Recklinghausen, klagten Bewohner gegen den Muezzin-Ruf einer Moschee. Nach Auffassung der Kläger stelle der Ruf „Allah ist größer“ Allah über andere Götter und widerspreche damit ihrer religiösen und politischen Weltanschauung. Das Oberverwaltungsgericht Münster hat die Klage jedoch abgewiesen. Der Muezzin-Ruf sei ein Ruf, dem man nicht folgen müsse.

Neuwied ist kein „sicherer Hafen“

Der Kreistag Neuwied hat den Antrag „Sicherer Hafen“ der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die LINKE. mit den Stimmen der Fraktionen von AfD, CDU, SPD und FDP abgelehnt. Die Antragssteller wollten unter anderem, dass der Landkreis Neuwied sich zum „sicheren Hafen“ erklärt und eine einjährige Patenschaft für das Seenotrettungsschiff „Ocean Viking“ übernimmt.

Die AfD-Kreistagsfraktion betonte, dass man Menschen zwar retten, aber zurück nach Afrika und Asien bringen wolle. Politik dürfe kein permanenter Gnadenakt sein.

Sportstätten-Rahmenleitplan abgelehnt

Die AfD-Fraktion im Kreistag Neuwied beantragte, dass die Kreisverwaltung einen Sportstätten-Rahmenleitplan erstellen und in angemessenen Zeitabständen fortschreiben solle. Die Sportförderung sei eine wichtige landes- und kommunalpolitische Aufgabe, die zielgerichtet und effizient erfolgen müsse. Auch Offenheit und Transparenz sei bei der Sportförderung für Verbandsgemeinden und Vereine wichtig. Der Antrag wurde jedoch von den Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP bei Enthaltung der Freien Wähler abgelehnt.

Bekämpfung von Kinderen wirkungslos

Das am 17. Juli 2017 in Kraft getretene Gesetz zur Bekämpfung von Kinderehen ist wirkungslos. Von 813 Kinderehen wurden nur elf aufgehoben. Zudem gehen Kinder- und

Frauenrechtler davon aus, dass jede Woche eine Kinderehe geschlossen wird.

Corona-Krise: Bußgeld für falsche Angaben

Bundesregierung und Landesregierungen haben sich darauf geeinigt, in der Corona-Krise ein Bußgeld von mindestens 50 Euro für falsche Angaben auf Kontaktlisten einzuführen. Während man für falsche Angaben beim Essen im Restaurant sanktioniert wird, wird man für falsche Angaben beim Asylantrag alimentiert.

Informationsfahrten nach Berlin

Die politischen Informationsfahrten des Bundespresseamts (BPA) nach Berlin bleiben wegen der Corona-Maßnahmen bis Ende des Jahres ausgesetzt.

BLAMAGE DES MONATS



„Nein, so viel Geld [...] verdiene ich nicht und habe ich auch nicht als Vermögen.“

*Olaf Scholz
(Bundesfinanzminister)*

Impressum:

Angaben gemäß § 5 TMG

Andreas Bleck, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030 22779203
Telefax: 030 227 56349
E-Mail: andreas.bleck@bundestag.de

„Wer sich für ärmer als die obere Mittelschicht hält und tatsächlich zur Oberschicht gehört, leidet unter Realitätsverlust!“

Andreas Bleck (AfD)